

Delegationsreisen des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) von Mitte 2011 bis Mitte 2013

Für die Arbeit des AwZ sind Reisen in die Partnerländer von grundlegender Bedeutung, da eine Kontrolle und Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Bundesregierung ohne ihre Überprüfung im jeweiligen Land unvollständig bliebe.

Im **August 2011** reiste eine Delegation nach **Indonesien** und **Philippinen**. Im Zentrum der Gespräche in Indonesien mit der Planungsministerin, dem Energieminister und dem Gouverneur von Ost-Kalimantan standen Fragen einer nonkarbonen Energiewirtschaft, der Bekämpfung illegaler Rodungen sowie der Verbesserung der Infrastruktur. Die Delegation nahm an der feierlichen Übergabe des letzten FZ-finanzierten Triebwagens für die S-Bahn Jakarta durch den Transportminister teil und hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten Prof. Dr. Habibie. Auf den Philippinen wurden diverse EZ-Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raumes besichtigt (Esperanza, Butuan). Im Anschluss an eine Führung durch Father Cullen (PREDA) durch das Paranaque City-Gefängnis, in dem Kinder und Jugendliche unter katastrophalen Bedingungen untergebracht sind, signalisierte die Delegation gegenüber der Justizministerin Unterstützung bei ihren Bemühungen um eine Justiz- und Gefängnisreform.

Im **September 2011** reiste eine Delegation in den **Südkaucasus**. Schwerpunkt des Aufenthaltes in Armenien war der Besuch der Genozid-Gedenkstätte zum „Gedenken an die Opfer des Völkermords an den Armeniern 1915“. Die AwZ-Delegation legte im Namen des Deutschen Bundestages offiziell einen Kranz in Eriwan nieder. Bei Gesprächen mit dem Justizminister Hrair Tovmasyan, der Zivilgesellschaft und den politischen Stiftungen wurde über bestehende Rechtssicherheit und Pressefreiheit, aber auch über die vorhandene systemimmanente Korruption diskutiert. Derartige Begegnungen waren auch in Georgien dominierend, wo sich die Abgeordneten mit Vertretern der Zivilgesellschaft, kleinen und mittelständischen Unternehmern und der Energiewirtschaft in Tiflis trafen. Bei einem Treffen mit der Repräsentantin des UNHCR, Simone Wolken wurde die Situation der 270 528 Internally Displaced Persons (IDPs) erörtert. Diese Binnenvertriebenen wären innerhalb der Bevölkerung akzeptiert.

Ende Oktober 2011 reiste eine Delegation nach **Mali** und **Niger**. In Mali wurden schwerpunktmäßig Aspekte der Ernährungssicherung und Landwirtschaft thematisiert (Béledougou). Die Delegation führte Gespräche mit dem Präsidenten der Nationalver-

sammlung und nahm an Sitzungen des Auswärtigen Ausschuss und des Finanzausschusses teil. Dabei wurde die verschlechterte Sicherheitslage infolge des „Arabischen Frühlings“ erörtert, wobei von malischer Seite mehr Engagement der EU erbeten wurde. Im Gespräch mit dem Bergbauminister, der Zivilgesellschaft und EITI wurden Fragen der Transparenz und der Wohlstandsteilhabe beim Rohstoffabbau besprochen. Die Delegation nahm an den Einweihungsfeierlichkeiten des neuen GIZ-Büros im Beisein des Wirtschafts- und Finanzministers teil. Auch in Niger standen die Sicherheitslage sowie die Ernährungssicherung im Zentrum der Gespräche und Besichtigungen (Bewässerungsprojekte in Dosso, Getreidespeicher in Niamey). Der Premierminister wies auf ein zu erwartendes Defizit von 500.000 Tonnen Getreide hin. Der Justizminister führte die Delegation durch das Zentralgefängnis von Niamey, in dem er selbst inhaftiert worden war und berichtete über seine Reformvorhaben.

Im **Dezember 2011** reiste eine Delegation nach **Honduras und Haiti**. In Honduras wurde die Straflosigkeit nach Straftaten thematisiert und durch die emotionale Begegnung mit der Rektorin der nationalen Universität (UNAH) in Tegucigalpa, Frau Julietta Castellanos, konkretisiert, deren Sohn kurz zuvor von honduranischen Polizeikräften willkürlich erschossen worden war. Weiterhin war die Situation der Kleinbauern im Bajo Aguan Bestandteil des Programmes, von denen einzelne zu einem Treffen angereist waren, da den Abgeordneten eine Reise in die Region aufgrund von Sicherheitsbedenken verwehrt wurde. Mit dem Finanzminister Chong Wong wurde offen über die schwierige Situation im Nationalpark Patuca, den Deutschland finanziell unterstützt, und die geplanten Staudämme, die Deutschland ablehnt, gesprochen. In Haiti sprach der Premierminister Dr. Garry Conille über seinen Plan „Haiti 2030“. Er erläuterte, dass die Kontrolle der Maßnahmen beim haitianischen Staat sein müsste, was angesichts von 18.000 bis 20.000 Nichtregierungsorganisationen im Land schwierig wäre. Bei der Begegnung der Abgeordneten mit dem Präsidenten des Senats und der Nationalversammlung, Jean Rudolphe Joazile, wurde deutlich, dass die Koordination der 66 im Parlament vertretenen Parteien und Bündnisse kompliziert wäre. Die problematische und desolate Situation Haitis wurde beim Treffen mit dem Sondergesandten des UN-Generalsekretärs und Leiter der MINUSTAH, Mariano Fernandez, ebenfalls erörtert. Wie sich diese Situation konkret auf die Menschen auswirkt, erlebte die Delegation beim Besuch im IDP-Camps „Village Gaston Magron“ und verschiedener Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Im **April/Mai 2012** unternahm der Unterausschuss „Gesundheit in Entwicklungsländern“ eine Reise nach **Liberia und Sierra Leone**. Bereits im Vorfeld hatten sich die Abgeordne-

ten mit dem Thema „Genitalverstümmelung“ auseinandergesetzt, was dann auch den Schwerpunkt der Reise bildete. Bei den Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen, wie dem Senatspräsidenten pro tempore, Senator Gbehzohngar Milton Findley, dem stellvertretenden Außenminister Liberias, Sylvester Grigsby und der Staatspräsidentin Liberias, Ellen Johnson Sirleaf, als auch beim Speaker des Parlamentes in Sierra Leone, Justice Abel N.B. Stronge, und dem stellvertretenden Gesundheitsminister in Sierra Leone, Mahmoud Tarawallie, verdeutlichte die Delegation, dass dieser Ritus keineswegs hinnehmbar, weil frauenverachtend und zerstörerisch wäre. Bei Gesprächen mit Vertretern der internationalen Staatengemeinschaft wie UNICEF und GAVI in Liberia und beim Besuch verschiedener Projekte in Sierra Leone, wie AIM von Rugiatu Turay in Kombrabai und MaMEP in Port Loko machten sich die Abgeordneten ein Bild über die konkrete Arbeit vor Ort. In Sierra Leone wurde außerdem der Special Court of Sierra Leone (SCSL) besucht, und es gab eine Begegnung mit der Chefanklägerin Brenda Hollis. Kurz vor der Reise hatte diese das Strafmaß für Charles Taylor gefordert und die entsprechende Übertragung der Verhandlung war von über 1.000 Menschen verfolgt worden.

Im **Juni 2012** reiste eine Delegation in die **Mongolei**, wo die Energieversorgung und der Rohstoffreichtum Schwerpunktthemen waren. Die Abgeordneten verschafften sich einen Überblick über den Kohletagebau Baganuur, ein ehemaliger Staatsbetrieb, der 1995 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, wobei der mongolische Staat mit 75 Prozent weiterhin größter Anteilseigner ist. Das Kohleabbaugebiet Nalaikh war bis 1994 ein Betrieb mit über 1.000 Mitarbeitern. Heute fördern Menschen in 100 teils illegalen kleinen Gruben Kohle aus 40 bis 100 Metern Tiefe; das Ganze unter fragwürdigen Sicherheits- und Arbeitsbedingungen. Das Heizkraftwerk Darkhan uul Aimag wird von Deutschland beim Neubau einer 35 Megawatt Turbine finanziell mit 10,5 Millionen Euro und technisch mit einem deutschen Berater des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) unterstützt. Der dortige Exekutivdirektor Baldan Mandalbayar erläuterte die Gründe für den steigenden Energiebedarf, der nach wie vor durch Kohle gedeckt würde. Die Delegation erfuhr, dass die Rohstoffvorkommen in der Mongolei enorm hoch seien, und es künftig darauf ankommen werde, nach dem Abbau Renaturierungen vorzunehmen. Das im Jahr 2012 unterzeichnete Rohstoffpartnerschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Mongolei wurde von den politischen Gesprächspartnern in der Hauptstadt Ulanbator immer wieder als bedeutsam hervorgehoben.

Im **August 2012** reiste eine Delegation nach **Uruguay, Paraguay und Südbrasilien**. In Paraguay stand das Genossenschaftswesen und die ausstehende Landreform im Mittel-

punkt der Gespräche (u.a. Planungsminister, Ausschuss für Menschenrechte, FECOPROD, AsoCiacion Rural del Paraguay) und Besichtigungen (u.a. Ricardo Brugada, Aceval). Darüber hinaus informierte sich die Delegation über den Ablauf der Absetzung von Präsident Lugo. Dazu dienten Gespräche mit Vertretern der Regierung wie mit dem abgesetzten Präsidenten selbst. In Uruguay stand die Einführung eines Systems der sozialen Grundsicherung im Zentrum der politischen Gespräche (u.a. Minister für soziale Entwicklungen). In Brasilien wurden die Aspekte Erneuerbare Energien (u.a. Biodiesel, Windenergie), Bürgerbeteiligung (Landesministerium für Planung und Bürgerpartizipation) und Armutsbekämpfung (Brasil sem Misera) thematisiert.

Ende September 2012 reiste eine Delegation nach **Äthiopien** und **Kenia**, um sich über die Umsetzung der neuen Verfassung sowie die Vorbereitungen zu den Neuwahlen in Kenia und das Regierungsprogramm des neuen Präsidenten in Äthiopien zu informieren. In Kenia standen Fragen der Gesundheitsversorgung im Focus der Gespräche und Projektbesichtigungen (u.a. Gesundheitszentrum TMC, Biafra-Klinik, Rescue Dada Centre). Daneben verschaffte sich die Delegation vor Ort einen Eindruck von der humanitären Situation im Flüchtlingslager Dadaab. In Äthiopien war die „Nachhaltige Landwirtschaft“ ein Schwerpunktthema (u.a. ATC in Kulumsa, Wassermanagement in Gerersa-Woreda). Der neue Premierminister erläuterte der Delegation seinen politischen Kurs zu einem „Development State“, in dem Demokratie und Sicherheit gleichermaßen garantiert werden müssten. Am Rande der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit wurden Gespräche mit Vertretern der Opposition und NGOs zur Lage der Menschenrechte, der Demokratie und der Mitwirkung der Zivilgesellschaft geführt.

Im **April 2013** unternahm der Unterausschuss „Gesundheit in Entwicklungsländern“ eine Reise nach **Brasilien**, wo die „Gesundheitssystementwicklung“ des immer wichtiger werdenden Schwellenlandes den Themenschwerpunkt bildete. Die Delegation fuhr in den Nordosten des Landes in die Region Piaui, um ein abgeschlossenes Kooperationsprojekt zwischen einem deutschen Pharmakonzern, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und einer brasilianischen Stiftung zu besuchen. Bei den Gesprächen auf der politischen Arbeitsebene wurden in erster Linie das öffentliche Gesundheitssystem Sistema Único de Saúde (SUS) und das Sozialhilfeprogramm für Familien „Bolsa Família“ diskutiert. Die international renommierte Stiftung Oswaldo Cruz (FIOCRUZ) unterhält mehrere wissenschaftliche Partnerschaften, unter anderem mit dem Max-Planck-Institut in Deutschland. Die Wissenschaftler erläuterten den Abgeordneten die gesundheitspolitischen Herausforderungen Brasiliens.

Im **Mai/Juni 2013** reiste eine Delegation nach **Uganda und Tansania**. Bei dem kurzen Aufenthalt in Uganda trafen sich die Abgeordneten mit Vertretern der Zivilgesellschaft, um über die unbefriedigende Menschenrechtssituation in dem afrikanischen Land zu sprechen. Zu den Gesprächspartnern in Kampala gehörte die Menschenrechtspreisträgerin der Stadt Nürnberg 2013, Kasha Jacqueline Nabagesera. In Tansania war die Delegation mehrfach zu Gast auf Konferenzen, so auf der Konferenz des Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation (AIPR) in Arusha zum Thema „Best Practices and New Opportunities in Genocide Prevention“ und in Daressalaam auf einer gesamtafrikanischen Wasserkonferenz. Die Veranstaltungen wurden mit deutschen Geldern unterstützt, und somit sprach die Delegationsleiterin zu beiden Anlässen entsprechende Grußworte. Während des Aufenthaltes beim Parlamentssitz in Dodoma wurden bei den Gesprächen mit der Sprecherin des Parlamentes, Frau Makinda und mit dem Oppositionsführer, Dr. Freeman Mbowe, die guten und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Deutschland und Tansania deutlich. Ein Treffen mit dem Präsidenten des Rechnungshofes, Dr. Utuoh, in Tansania zeigte der Delegation die Bemühungen nach Transparenz ebenso deutlich wie die Diskussion mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für öffentliche Finanzen, Wadri Kassiano Ezati, in Uganda.